

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 26 (1912)

140 (19.6.1912)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-549948](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-549948)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Redaktion und Haupt-Expedition Petersstraße 20/22. Fernsprech-Anschluß Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. — Filiale: Mienenstraße 28, Fernsprecher 550.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich (mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen). — Abonnementpreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Briefporto 75 Pf., bei Selbstabholung von der Expedition 65 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,50 Mk., monatlich 75 Pf., einschließlich Postgebühren.

Mit Unterhaltungsbeilage.

Bei den Inseraten wird die sechspolnige Zeitspalt oder deren Raum für die Inserenten in Küstingen-Wilhelmshaven und Umgebung, sowie der Filialen mit 15 Pfennig berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 20 Pfennig; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unversändlich. — Bestellanzahl 50 Pf.

26. Jahrgang.

Küstingen, Mittwoch den 19. Juni 1912.

Nr. 140.

Fünf Jahre Staatsstreik.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Am 16. Juni 1907 wurde auf Befehl des Zaren die zweite Duma aufgelöst, die sozialdemokratische Fraktion ins Gefängnis geworfen und dem Volke ein neues Wahlgesetz aufgegeben, das die Duma den Junkern und den Kapitalisten anverleierte. Von diesem Tage datiert das heutige russische Staatswesen; an diesem Tage nahm die Gegenrevolution den Charakter einer unangenehm blutigen Orgie an, die das ganze Reich in ihre Fesseln schlang.

Der Staatsstreik, der vom Innenminister Stolypin vollstreckt wurde, führt in seinen inneren Zusammenhängen zurück auf die revolutionären Ereignisse der Jahre 1905 und 1906. Das liberale Wahlgesetz vom 11. 21. Dezember 1905 war eine unmittelbare Frucht der vorhergehenden revolutionären Kämpfe. Zwar waren die Kräfte der Revolution durch die Niederwerfung des Moskauer Aufstandes und das Wüten der Strafexpeditionen geschwächt, aber ihre Nachwirkung in der Massenbewegung der Arbeiter und der Bauern war 1906 noch so stark, daß die erste Duma, die im Mai zusammentrat, trotz der Vorherrschaft der liberalen Bourgeoisie in derselben, noch völlig unter ihrem Banner stand. Die Regierung löste im Juli die erste Duma auf, sie mochte aber nicht, das Wahlgesetz zu ändern, sondern begnügte sich mit der Einführung der Felderänderung und der Vornahme tief einschneidender reaktionärer Gesetzesmaßnahmen auf Grund des Rotparagrafen 87 der Verfassung. Die zweite Duma, die zu drei Vierteln aus oppositionellen Parteien bestand und 55 Sozialdemokraten in ihren Reihen zählte, trat am 5. März 1907 zusammen und hand während ihrer dreimonatigen Existenz fortwährend unter dem Damoklesschwert der Auflösung. Das Streikverhältnis war für sie noch ungünstiger als für ihre Vorgängerin: die Massenbewegung flaute immer mehr ab, während die Bourgeoisie, durch die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter in ihren heillosen Gefühlen verletzt, sich dem Junkertum in die Arme warf und dessen politische Vorherrschaft anerkannte. Der Staatsstreik der Regierung brachte nur die Lasten zum Ausdruck, daß der Großgrundbesitz, das Kapital und die Bürokratie sich zur gemeinsamen Abwehr der ihnen drohenden Gefahren vereint hatten, und der infame Gewaltstreik gegen die sozialdemokratische Fraktion, die unter der föhlichen Anklage des „Sozialismus“ eingekerkert wurde, unterstrich noch die Absicht des konterrevolutionären Wlads, seine Schläge vor allem gegen die Arbeiterklasse zu richten.

Das Wahlgesetz vom 16. Juni 1907 brachte diese Absicht in trostloser Weise zum Ausdruck. Das ohnehin recht unzulängliche und arbeitereindliche erste Wahlgesetz von 1905 wurde in der Weise umgestaltet, daß der Großgrundbesitz allein die absolute Mehrheit und zusammen mit der Geistlichkeit und der Großbourgeoisie fast drei Viertel aller Mandate besaß, während die Vertretung der Bauernschaft, die die auf sie gesetzten reaktionären Erwartungen nicht gerechtfertigt hatte, im Verein mit den Arbeiterabgeordneten auf ein Drittel ihrer früheren Stärke herabgesetzt wurde. Nach dem neuen Gesetz entfiel nach den Berechnungen von V. Lelawski je 1 Wahlmann auf: 290 Personen in der Kurie der Großgrundbesitzer, 1000 Personen in der ersten städtischen Kurie (der Großbourgeoisie), 15 000 Personen in der zweiten städtischen Kurie (der Kleinbourgeoisie), 60 000 Personen in der Bauernkurie, 125 000 Personen in der Arbeiterkurie, d. h. ein Großgrundbesitzer befaßt dasselbe Wahlrecht wie 68 städtische Bürger oder 361 Bauern oder 544 Arbeiter! Hierzu kommt noch ein ganz raffiniertes System von zwei- und mehrstufigen Wahlen, das die Junker und die Massen zu unbedingten Serren über das Wahlgeschick macht. Strecker konnte das Votieren nicht zum Ausdruck gelangen, den Großgrundbesitz und mit ihm die Großbourgeoisie zu den unbedingten Serren im Parlament zu machen und die Vertreter der arbeitenden Massen zu einer bedeutungslosen Gruppe zu degradieren.

Die Tätigkeit der auf diese Weise zusammengestellten „Volksvertretung“ entsprach vollkommen den auf sie gesetzten Hoffnungen. Sie zeigte sich in allen Dingen als das geborene Werkzeug Stolypins, dessen Name untrennbar mit dieser Epoche verknüpft ist. Als Repräsentant des Junkertums trat dieser „russische Bismarck“ brutal und rücksichtslos für die Interessen seines Standes in die Schranken; mit dem Ansitze des Barbaren mißte er das reale Kräfteverhältnis der Gesellschaftsklassen, die Stände und die Freiheit des liberalen Bürgertums, den Eigentumsfanatismus der Dorfbourgeoisie, den nationalen Chauvinismus des Kleinbürgertums. Während er die Rechte seiner Polizeihulken auf die sozialistischen Parteien losließ, die Gefängnisse mit Hundstauenden von politischen Gefangenen füllte und 4000 Galgen errichtete, getrimmerte er mit

eiserner Faust die Organisationen der Arbeiter und trieb mittels seiner raffinierten Agrargesetzgebung, die die Landgemeinde verachtete und die Dorfbourgeoisie und den Adel bereicherte, einen tiefen Keil in die Bauernschaft hinein. Für die liberale Bourgeoisie hatte er nur noch Fußtritte übrig, doch auch diese genügte, um der schwächstrichtigen „Krochotin Z. Kojeski“ das Lebenslicht auszulöschen. Endlich erfor er als das vereinende „schöpferische“ Prinzip seiner Politik den „nationalen Kurs“, d. h. die Unterdrückung der Grenzmarken und der „Freundschämigen“, die Wege gegen Finnland und Polen, die mit der Begünstigung des großrussischen Chauvinismus und einer nie erlöschenden Pogromagitation noch in Hand ging. Bei allen diesen Maßnahmen fand er in der dritten Duma ein williges Werkzeug — und zeigte sie sich bei und da föhlich, so brachte er ihr mit Fußtritten „Straatsektion“ bei.

Langsam erkannte dieses System nicht aufrechterhalten werden. Die Furcht vor der „Anarchie“, die von der Regierung projektiert wurde, verschwand ungeachtet aller gegenteiligen Bemühungen der großen und kleinen Awas; die Gegenkräfte im Regierungsbüro vertrieben sich; die inneren und äußeren Schwierigkeiten ließen sich mittels der Polizeipression und der chauvinistischen Rationalitätenbege nicht aus der Welt schaffen. Das System des Staatsstreiks frachtete in allen Jagen, und als sein Vollstrecker und Repräsentant am 14. September v. J. von der Angel Pogroms zu Boden gestürzt wurde, war er eigentlich politisch schon ein toter Mann.

Sein Nachfolger Kolozew wandelte weiter in seinen Spuren, nur mit dem Unterschiede, daß er die noch Aufstand geblendete Seite des Jammers, des Stolypin allein verantwortete, dem Polizeibureaufraten Makaroff überließ, und selbst die Funktion übernahm, die blutbesudelte Fassade des auf schwachen Grund errichteten Regierungsgebäudes mittels schöner Reden reinzuwaschen. Inzwischen aber hatte der historische Kreislauf, der 1907 abgeschlossen schien, erneut eingekehrt. Die Studentenunruhen im Winter 1910-11 waren die Vorboten eines neuen Krisenstillstandes, der sich in den demokratischen Schichten vollzogen. In der Arbeiterklasse ist dieser Vorstoß bereits klar zu Tage getreten. Auf dem Boden des Aufstandes, der sich in den meisten Industriezweigen zeigt; getrieben von der heftigen Lebensmittellieferung, die den Reallohn tief unter das frühere Niveau herabgedrückt hat, und der infamen Praxis des Polizeistaates, der den Arbeiter des vom Unternehmern frei genutzte Koalitionsrecht verweigert, hat die russische Arbeiterklasse in den letzten Monaten die Fesseln der jüngsten Reaktionsperiode gelrennt. Die gewaltigen Massenstreiks, die zuerst aus Anlaß der Arbeitermetzei an der Rena einsetzten, dann zu Demonstrationen übergingen und in zahlreiche wirtschaftliche Streiks anmündeten, unterstrichen in wirkungsvoller Weise die Niederlage des Systems, das mit Stolypins Regierungsteror und dem Staatsstreik einsetzte und nun in völliger Auflösung begriffen ist. Die bevorstehenden Wahlen für die vierte Duma verheißen zwar angesichts des infamen Wahlgesetzes keine föhlichen Ueberrohungen; sie werden aber der Prozeß der Krisenstillung innerhalb der Demokratie beschleunigen und namentlich für die Organisationsarbeit der Sozialdemokratie neue Ausblicke eröffnen.

Diese Partei, gegen die der Staatsstreik vor allem gerichtet war, und die unter den Verfolgungen der Gegenrevolution am meisten zu leiden hatte, ist nun als die erste wieder auf dem Kampfplatz erschienen, getragen von dem ehernen Gelehen der wirtschaftlichen Entwicklung, deren die agrarisch-kapitalistische Reaktion ebensowenig Herr zu werden vermag, wie des Proletariats, das stets und überall als der Totengräber der bestehenden Ordnung austritt.

Politische Rundschau.

Küstingen, 18. Juni.

Die Strafgesetznovelle.

Der Bundesrat hat am Donnerstag der vom Reichstage am 8. März in dritter Lesung beschlossenen Novelle zum Strafgesetzbuche seine Zustimmung gegeben. Die Publikation des Gesetzes steht also bevor.

Die Strafgesetznovelle wurde am 15. März 1909 im Reichstage in erweiterter Form eingebracht. Sie umfaßte anfänglich auch die Änderungen der Vorschriften über die Beleidigung, Erpressung und Tierquälerei. Bei den ersten Verhandlungen über die Vorlage traten aber derartige Meinungsverschiedenheiten auf, daß die ganze Vorlage gefährdet war. Um einen wesentlichen Teil der Novelle zu retten, wurde sie zerlegt und auf die Änderungen beschränkt, die Aussicht auf Annahme hatten.

Vor allem mildern die neuen Paragraphen die Strafen für Diebstahl, Unterschlagung und Betrug. Nach dem geltenden Recht wird jeder Diebstahl mit Gefängnis bestraft; auch ist die Zurücknahme des Strafvertrages unzulässig. Der neue § 248a der Novelle lautet dagegen:

Wer aus Not geringwertige Gegenstände entwendet oder unterschlägt, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Mark oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig. Wer die Tat gegen einen Verwandten absteigender Linie oder gegen seinen Ehegatten begeht, bleibt straflos.

Bei Betrug und Untrene kann nach dem jetzigen Strafgesetz nur bei milderen Umständen auf eine Geldstrafe erkannt werden. Der § 261a der Novelle lautet aber:

Wer aus Not sich oder einem Dritten geringwertige Gegenstände zum Schaden eines Anderen durch Täuschung (§ 263 Abs. 1) verschafft, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Der Versuch ist strafbar. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig. Wer die Tat gegen einen Verwandten absteigender Linie oder gegen seinen Ehegatten begeht, ist straflos.

Die Klüftung von Beamten (§ 114), der Brandbruch (§§ 136, 137), die Freiheitsberaubung (§ 239), die Verletzung der Zwangsvollstreckung (§ 288), die Verletzung von Abperrregeln gegen aufstehende Kranke (§ 327) und gegen Viehstehen (§ 328) wurden bisher ebenfalls nur mit Gefängnis geahndet. In Zukunft treten bei solchen Vergehen in erster Linie Geldstrafen ein.

Kinderraub wird jetzt mit Zuchthaus bestraft; nach der Novelle ist jedoch bei milderen Umständen eine Geldstrafe vorgesehen.

Erweiterter ist § 309, auch dem in Zukunft nicht nur Schlosser bestraft werden, die unbefugt Radschlüssel anfertigen oder Schlosser öffnen, sondern jede Person.

Zur Erhöhung des Kinderzuges hat § 22a eine Erweiterung erfahren. Dieser Paragraph bestraft die Körperverletzung. Er hat folgenden Absatz 2 erhalten:

Gleiche Strafe tritt ein, wenn eine noch nicht 18 Jahre alte oder wegen Gebrüchlichkeit oder Krankheit wehrlose Person, die der Fürsorge oder Obhut des Täters überlassen hat, eine Körperverletzung mittels grausamer oder boshafter Behandlung begangen wird.

Die Strafgesetznovelle bringt, wie man sieht, zwar einige wertvolle Gesetzesbestimmungen, doch befindet sie durchaus nicht. Die Hoffnung auf eine weitere Verbesserung unseres Strafrechts muß daher auf die in Aussicht gestellte allgemeine Reform des Strafrechts gesetzt werden, die umso besser ausfallen wird, je mehr Vertreter der Arbeiterschaft im Reichstage sitzen werden.

Deutsches Reich.

Die Streitart ist noch nicht begraben. Zu den Erklärungen des Wltore Heimer erhält die „Kön. Volksg.“ aus Rom folgende dreifache Mitteilung:

Entgegen einer Vermutung der „Germania“ erfahren wir aus authentischer Quelle, daß die vom Prälat Heimer in der „Kön. Volksg.“ mit Wlisen des Apostolischen Stuhles veröffentlichte zweite ausführliche Darlegung vollständig den Intentionen desselben entspricht. Und ebenso wissen wir, daß die Veröffentlichung der angeblichen Rede des Heiligen Vaters große Mißstimmung in offiziellen Kreisen hervorruft.

Die „Königliche Zeitung“ weiß zu berichten: Die Auffassung der in den Gewerkschaftstreit verwickelten Personen, daß nach den letzten Erklärungen des Wltore Heimer und des Münchener Kurzes von den christlich-Gewerkschaften die Streitart begraben wäre, trifft nicht zu. Im Gegenteil, man verlangt unbedingt bindige, autoritative Erklärungen, um ein für alle Male einer Wiederholung solcher Vorgänge, wie sie die letzten Tage gebracht haben, zu begegnen. Wie wir erfahren, findet nächsten Mittwoch eine Verhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften statt, in der endgültig darüber Beschluß gefaßt wird, ob demnach ein außerordentlicher Gewerkschaftskongreß einberufen werden soll. Nach Mitteilung der führenden Persönlichkeiten wollen in dem gegenwärtigen Stadium die christlichen Gewerkschaften unter keinen Umständen den Streit verhandeln lassen, weil sie alsdann Gefahr laufen würden, daß das unerwartliche Schauspiel sich über kurz oder lang wiederhole.

Eine alte Zentrumslüge in neuer Auflage. Soeben erschien im R. Glabbecker Verlag des katholischen Volksvereins das zweite Heft der Staatsbürger-Verträge, in denen u. a. wiederum behauptet wird: „Jeder echte Sozialdemokrat muß und will daher den Bauer an seiner Scholle



Herben und verderben lassen" . . . und darum stimmten die Genossen im Reichstag auch 4. N. nicht für das erste Wadegeretz im Jahre 1880, das den Getreidewandermarkt. Diese Lage ist zwar von unserer Presse sehr oft als solche dargestellt worden, aber das sieht die frommen Zentrumsdemagogen nicht an, sie lägen froh weiter. Wir machen nun abermals darauf aufmerksam, daß in dem vom Vornwärts-Berlag herausgegebenen Wahlbüchlein der bürgerlichen Parteien aus dem stenographischen Bericht der Reichstags-Sitzung vom 20. April 1880 nachgewiesen ist, daß unser Genosse Abg. Kautler bei Beratung des Wadegeretzes im Rahmen seiner Kollegen erklärt hat: „Ich habe große Bedenken gegen die Rechtsprechung, weil der Richter das richtige Verständnis für das, was Wucher ist, nicht hat. Aber trotz aller Bedenken erkläre ich, daß ich hier, wo mir die rechtliche und abdelnische Form der Ausbeutung entgegentritt, zur Beilegung dieser Form beitragen will. Ich halte das Gesetz für ein solches, das den Kerntern vor dem Reichen soviel wie möglich schützen soll. . . . Ich werde also für das Gesetz stimmen.“ Dementsprechend stimmte Kautler und stimmten sämtliche sozialdemokratischen Abgeordneten, die bei der Abstimmung zugegen waren, für das Wadegeretz vom Jahre 1880. Die Zentrumskluge stammt aus dem vom evangelischen Pastor Gille redigierten Flugblättern von 1897. Bereits damals hat der „Vornwärts“ nachgewiesen, daß die Behauptung unrichtig ist und der damalige Staatssekretär Graf v. Kolodowsky hat am 13. Dezember 1897 erklärt: „Die Behauptung, die Sozialdemokraten hätten den Wucher begünstigt, ist absolut nicht aufrechtzuerhalten.“ — Die evangelischen Verleumdungen verstummen darauf, aber die katholischen werden, wie der Augenzeuge beweist, unverfroren fortgesetzt! Wir nageln diese Kampfbroschüre des Zentrums hiermit nochmals fest!

14. Monate Gefängnis für die Wahrung des Wahlgeheimnisses. Im Wahlkreis des freisinnigen Abg. Wendt-Konigs hat man als Wählerinnen auch die heridhigten Gesetze, die im Zunkerparadies Lerrinen sind, und die eine peinliche Kontrolle der Abstimmung ermöglichen. In Wiedorf benutzte man als Wählerine eine schmale Holzbohle und legte natürlich die Stimmzettel-Schwerts schon der Reihenfolge nach hinein. Ein Turcheinaberhörschleier war auch wegen der Kleinheit des Gefäßes gar nicht möglich. Das Wahlgeheimnis der 54 Wähler, die dort ihre Stimme abgegeben hatten, war also außer Kontrolle geföhrt. Der sozialdemokratische Wahlkontrollleur, Genosse Widel, verlangte, daß die Wahllokalität vor der Eröffnung durcheinandergeschüttelt werden. Der Wahlvorsteher verweigerte das und nun griffen Widel und einige an der Wahrung des Wahlgeheimnisses interessierte Arbeiter selbst zu und schüttelten die Schwerts durcheinander. Die Strafammer in Halle hat am Sonntag vormittag den Genossen Widel und einen Arbeiter Hofmann deswegen zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt. Die anderen wurden freigesprochen, nur weil nicht feststellen war, in welchem Maße sie sich „schuldig“ gemacht haben. In einem Staote, in dem Wahlrecht und Wahrung des Wahlgeheimnisses gesetzliche Pflicht sind, würde der Wahlvorsteher zu bestrafen gewesen sein; in Preußen bestraft man diejenigen, die, um sich selbst und das Wahlgeheimnis zu schützen, notgedrungen zur Selbsthilfe greifen.

Material zum Justizausgesetz. In der letzten Gewerbe-gerichtssitzung in Berlin fanden eine Reihe Klagen von Schmarreklagen gegen die betreffende Wagganfabrik zur Ver-

handlung. Die als „Kausbrecher“ engagierten Leute hatten dem Betrieb wieder den Kredit geföhrt und klagten auf Auszahlung der ihnen ausbezahlten, aber einbehaltenen „Streifenkauten“, die für jeden Tag eine Mark betragen sollte. Einer dieser „Kausbrecher“ führte an, daß er von Streifenkauten verfolgt worden sei und aus Angst vor ihnen in einem Hotel übernachtet habe. Das erweislich von dem Gewerbegericht als Schwindel, und der ebenfalls in der Wagganfabrik untergeordnete Agent Kausbrecher, der Solonnenführer und ehemalige Schutzmann Gründe erklärte, die Redensarten von einer Bedrohung der Schmarreklagen durch Streifenkauten als Lüge, und daß die Streifenkauten noch keinem von der Schmarreklagen etwas zu leide getan hätten. — Der Schmarreklagen als Kronzeuge für die Streifenkauten! Ein Beitrag zu der von der Gölzler Handelsammer mit Eifer betriebenen Materialsammlung für ein Ausnahmegeretz gegen Streifenkauten!

Ceslerreich-Ungarn.

Zum Staatsstreik. Auch das ungarische Wagmatenhaus hat die von der Mehrheit des Reichstages in ungeleglicher Weise beschlossenen Beirgeretze angenommen. Während die Arbeiterklasse diesen Beschluß des Oberhauses voraußah, er die Arbeiter also nicht überlastete, wurde die Bürgerchaft durch den Beschluß in große Entrüstung versetzt.

Die Sonntag in den Provinzialstädten einberufenen Protestversammlungen waren von Arbeitern und Bürgern sehr stark besucht. Von den 43 in den verschiedenen Städten anerkannten Versammlungen konnten aber nur 14 abgehalten werden, da in den anderen Städten die Behörden die Versammlungen verboten und alle Vorbereitungen getroffen hatten, gegen die Versammlungen einzuschreiten. Die Versammlungsredner erklärten: Zwar sei jetzt der Staatsstreik gelungen; aber die oppositionellen Mitglieder und die Führer der Arbeiterchaft werden in der nächsten Zeit das Land von Ort zu Ort bereisen und das Volk vorbereiten zum Kampfe, der im Herbst bei der Eröffnung des Reichstages und bei der Vorlegung des Wahlrechts-Gesetzes wieder beginnen und in stärkerer Betätigung als bisher geführt werden wird. — In allen Versammlungen war die Erregung groß. Militär und Gendarmerie wurde an allen Orten bereit gehalten.

Im Laufe dieser Woche werden neue Protestversammlungen im Lande stattfinden.

Unser Budapester Vorleiorgan wurde am Sonntag wieder konfisziert; angeblich wegen eines Artikels gegen das Oberhaus.

Welche Erregung der Staatsstreik Likos im Volke verursacht hat, wird auch durch das Ergebnis der Sammlung, die für die Opfer der Revolution eingeleitet wurde, bewiesen. Spontan, ohne jede Aufforderung, machte sich unter der Arbeiterchaft die Bewegung fund, als die Zahl der Verurteilten und Inhaftierten vom 23. Mai bekannt wurde. Und obwohl das Sammeln in Ungarn verboten ist, hat die Sammlung für die Opfer bereits 68 000 Kronen ergeben.

Belgien.

Wahlkämpfe in der Provinz. Nach Meldungen aus Brüssel hat die liberale Partei bei den Parlamentwahlen in Belgien am 2. Juni ungeheure Wahlkämpfe und Verstärkungen zu ihrem Gunsten vorgenommen. Die liberale „Gazette“ meldet, daß die Brüsseler Staatsanwaltschaft deswegen bereits gegen 4000 Personen Strafverfahren eingeleitet hat.

leitet habe. Die Wahlkorruption soll in einem geradezu ungeheuerlichen Umfang ausgeübt worden sein. Die Deposition wird bei Eröffnung der Erntefest in Juli den Ministerpräsidenten darüber interpellieren.

Türkei.

Vom Krieg. Die vor einigen Tagen von uns gegebene Darstellung des Kampfes bei Lebba, bei dem neben einigen hundert Türken nur 29 Italiener gefallen sein sollten, sieht wie immer in türkischer Darstellung ganz anders aus. Das türkische Kriegsministerium veröffentlicht über den Kampf bei Lebba am 12. Juni folgende Depesche: Die Türken und Araber griffen mit zwei Kolonnen zwei große italienische Verstärkungen an. Es gelang ihnen nach heftigstem Kampfe, die Verteidiger zu vernichten. Dabei eroberten sie eine Fahne und eine Menge Waffen und Munition und zerstörten zwei Kanonen. Die zweite Kolonne rückte bis zur Küste vor, griff das Lager der Italiener an und tötete zahlreiche Italiener. Der Rest flüchtete sich in die italienischen Befestigungen. Die Streikräfte der Italiener bei Goms und Margob verurhten einen Gegenangriff, wurden aber heftig zurückgeschlagen. Goms, Sidbarf und Margob wurden von der Flotte und der Artillerie tapfer verteidigt. Die Türken und Araber zogen sich, nachdem sie Lebensmittel- und Munitionsvorräte der Italiener verbrannt hatten, zurück. Die Verluste der Italiener betragen 17 Offiziere und mehr als 1000 Mann tot; auf Seiten der Türken und Araber sind hundert gefallen, darunter ein Reutant, und ungefähr 200 verwundet worden.

Man sieht, es kommt immer darauf an, von welcher die Meldung kommt, ob aus Rom oder aus Konstantinopel. Nichtsahnig stellt man seit Langem beiden gegenüber. Die türkische Regierung übermittelte, einer Konstantinopeler Depesche zufolge, der Kammer Geheimschriften über die Steuererhöhungen während des Krieges. Die Geheimschriften betreffen eine Zwangsente Erhöhung der Grund- und Immobilien- sowie der Gewerbe- und eine dreiprozentige Abgabe von den Beamtengehältern und eine Erhöhung der Militärbeurlaubungstage von 50 auf 60 Tage für den aktiven Dienst und von 30 auf 40 Tage für die Reserve. Einige andere Steuern, angeblich die Salz- und die Spiritussteuer sollen eine mögliche Erhöhung erfahren.

Politische Notizen. Warum wurde der Reichstag verlegt und nicht geschlossen? Auf diese Frage gibt der freisinnige Reichstagsabgeordnete Dr. Wendt im „Tag“ folgende Antwort: Der Grund für die Verlegung liegt allein in dem Wunsch der Abgeordneten, die Freilichkeit erst auf den 1. Oktober und nachher der freien Bewegung zu können. — Der konservativen „Reichshot“ vergibt Tränen der Trauer darüber, daß „konfessionelle Parlament im römischen Lager einen neuen Aktivismus mit verbesserter Taktik“ auf die christlichen Gewerkschaften unternehmen haben. Der „Reichshot“ verurht, daß „man nach manchen Jahren vergessenen Beschlüssen, der Sozialdemokratie auf irgend einem anderen Wege beizukommen, endlich christliche Gewerkschaften gegenüber dem freien im Leben ist.“ Ein Artikel der offiziellen „Veisiger Jtg.“ wendet sich gegen das Wasserwerk-Steuererhöhungs- und gegen direkte Reichs- und Landessteuern zu Reichszwecken. Zum Schluß erklärt der Artikel, daß lediglich der Wunsch der Reichsentscheidungskreise in Frage kommen kann, und zwar mußte das herangezogen, nicht minder aber auch das ungenügende Vermögen getroffen werden. — Der Reichsverband der deutschen Presse beschloß auf seiner Wändener Delegatenversammlung eine Resolution gegen den Dringenswunsch der Presse. — Der französische Marineminister schloß in die einzelnen Hafenstädte Kanonen der Kriegsmarine, damit sie die streikenden Seemanns zeigen. — Der Reichstag nimmt wegen dieser Wahlkämpfe an Umfang zu. — Unter Vorlesung im Iran

Eine Ausstellung deutscher Konsumvereine.

Unser Berliner Mitarbeiter schreibt uns: In der festlich ausgeschalteten Halle des Berliner Konzerthouses Clou (einer früheren südlichen Markthalle) treten die deutschen Konsumvereine mit einer riesigen Ausstellung ihrer Einrichtungen und ihrer Warenerzeugnisse vor die Öffentlichkeit, die herabes Zeugnis ablegt vom Wirken und Streben der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung.

In der Ausstellung stellt sich die Seifenfabrik in Krefeld das Hauptinteresse auf, die endlich nach langwierigen Kämpfen mit einflussreichen südlichen Behörden und karsichtigen Gegnern der Konsumantenbewegung errichtet werden konnte.

Eine in hühler Farbenbrannt erbaute riesige Pyramide aus in der Fabrik hergestellter Seife gibt Ausweis über die Leistungsfähigkeit dieser Eigenfabrikation, Maschinen zeigen die Herstellung. Tiedestoff mit einem Fassungsvermögen bis zu 30 000 Litern können ungeheure Quantitäten Seifenfabrikate herstellen. Im Jahre 1910 allein wurden 10 Millionen Kilogramm produziert. Und in einem trefflich dargestellten Tischmodell sehen wir die Gebäude der Fabrik und deren großes Hintergelände, auf dem noch viel Platz für Neubauten vorhanden ist. An den Wänden hängende Photographien geben die Arbeitsräume und Einrichtungen der Fabrik wieder.

In der „Gymnastik“ Darstellung ihrer Leistungsfähigkeit ist der Berliner Konsumverein in Konkurrenz getreten. Eine hohe, mit knispigen braunen Weibrotgebäck besetzte Pyramide zeigt uns die tägliche Produktion von 150 000 Stück dieser Semmeln für die Mitglieder in Mainz.

Neben der Seifenfabrik präsentiert sich der Zentralverband deutscher Konsumvereine und dessen Verlaganstalt und die Großverkaufsgesellschaft in flaktlicher Ausstellung. Graphische Darstellungen bieten hier leichte und gute Uebersicht über den Umsatz, die Warenbestände, die Werte des Grundbestandes, die Geschäftskonten, Ertrügnis und Absatz der Verbändevereine, und über die Entwicklung der Unterfertigungsstufe des Zentralverbandes. Die Ausstellung der Verlaganstalt gewährt Einblick in die kaufmännische Abteilung, die Vertriebsabteilung und die technischen Betriebe. Buchdruckerei und Buchbinderei, Papierfabrik, Elektricitätswerk, Reparaturwerkstatt sind die technischen Eigenbetriebe des Zentralverbandes, über deren beschäftigte Personen und ihre Gehälter genaue Angaben gemacht sind.

Die Großverkaufsgesellschaft bringt eine Ausstellung ihrer Waren. An vielen Sorten rohen Kaffee, von dem im letzten Jahre 1 667 081 Kilogramm in der eigenen Kaffeerösterei gebrannt worden, ist das Verkaufslager besetzt, und im Modell steht das stolze Segelschiff, das überseeische Produkte den deutschen Konsummitgliedern herüberbringt. Tee, Zucker, allerhand Wäulenfabrikate, Konerven, Biskuits und viele andere Sachen werden dem Besucher in appetitlicher Ausstellung dargeboten.

Erwähnt mag noch werden, daß auch eine Reihe Produktionsgenossenschaften mit ihren Fabriken auf der Ausstellung sehr nett vertreten sind, so die rheinisch-westfälische Holzindustrie aus Gormen, die Schneidergenossenschaft „Hoffnung“ aus Berlin, die Jutewaren- und Schokoladenfabrik „Fortschritt“ aus Altona, die Genossenschaftsbackfabrik aus Eppendorf, die Tabakarbeitergenossenschaften aus Nordbahren und aus Wargentin.

Großes Interesse erregt das in natürlicher Größe vorhandene Modell einer Berliner Kaffeebäckerei. Mit einer gewissen Scheu betreten wir diesen unheimlichen Raum. Vorn rechts der rothgebaute Backofen, der den Backofen schnell, die im Jahre 74 u. Chr. in Pompeji von den Römern zum Brotbacken benutzt wurden. Er besteht, genau wie die in Pompeji ausgegrabenen Backofen, aus einem steinernen Gewölbe mit darunter liegendem Herde. Geheizt wurde dieser Ofen durch ein offenes, in den Ofen gebrachtes Holzfeuer. Nachdem Herd und Gewölbe auf Bodentemperatur erwärmt waren, wurden Aste und halberbrannte Holzstücke vorn aus dem Ofen gezogen, wobei eine große Aschenwolke entstand. Die durch das Drenneinigen und das Feuer erzeugte Staubwolke schloß sich bei dem heute noch im Kleinbetriebe befindlichen Ofen auf das in der Backstube zum Trocknen lagernde Brot nieder und mußte wohl oder übel von dem Konsumenten mituntergeht werden. Die letzten Reste von Aste werden bei diesem Backofen durch einen nassen, an langen Ziel gebundenen Saß vom Herd entfernt. Auch dieses uralte Werkzeu findet sich noch in der hier dargestellten Kaffeebäckerei. Doch das wäre noch längst nicht das Schlimmste. Auf schmager Stellege vorn am Kellerfenster liegt fertige Backware, und weiter rechts in einem anschließenden Raume stehen die schmierigen Anetteile mit darunter befindlichem Weisfassen, auf dem der Wasser mit den Händen den Teig zubereitet. Eine schmale Stiege führt nach oben. Dahinter eine vom Arbeitsraum nicht abgeschlossene Kammer — der Schlafraum des Gebackenen, den Tisch und Stuhl und eine Heibbettstelle mit unsauberen, nigtgenostem Bette ziert! Der Fußboden

starrt von Schmutz. Ein Anblick des Ecks! Doch bitte, dieses Modell ist keine romantische Kombination. Es ist eine der Wirklichkeit nachgebildete Berliner Bäckerei, die erst vor ganz kurzer Zeit außer Betrieb gesetzt wurde.

Wir wenden uns mit Abscheu von dieser noch Kellerdunst riechenden muffigen Grust, die wirklich geeignet ist, den vielleicht vergessenen „Appell an den Wagon“ wieder nachzurufen und wenden uns den gegenüber ausgestellten Maschinen der Firma Hoogen u. Rinow aus Bremen zu. Sie und die Ausstellungsfirma Werner u. Pleßfelder aus Cannstatt-Stuttgart zeigen uns, wie appetitliche Backware hergestellt werden kann. Wir atmen auf, in dem Bewußtsein, daß in den Konsumvereinsbäckereien diese Maschinen gebraucht werden. In einem Betriebe, der mit solchen Maschinen ausgestattet ist, brauchen die Maschinen nicht, wie uns der jüngere Plinius erzählt, bei der Teigbereitung Kondische ansehen und sich den Mund verbinden, damit der Teig nicht mit den Händen und dem Knurren der Klauen in Verwirrung kam. Maschinen füttern den Teig, schütten ihn aus, teilen ihn zu Semmel und befeuchten ihn auf einer endlosen Bahn auf das Backblech. Patentrollen sorgen für gleichmäßige Backtemperatur, die Feuerung wird nach neuesten Systemen automatisch befehrt, der Arbeiter braucht die Rollen nicht mit der Schaufel, vor der glühenden Obenhitze stehend, in den Ofen zu befördern. Kurzum: Menschenhände kommen mit der Ware eigentlich nur noch Berührung in Verbindung.

Nach diesem Rundgang können wir uns noch einer Erfrischung. Ein Bierensckant würde dieses Verlangen erfüllen können. Doch wir haben schon in einer trauten Ecke einen von mozigtem Licht erleuchteten orientalischen Teezaun entbedt, der uns zu kurzer Kost einlät. Aus harter Hand wird uns hier von zwei in schmale orientalische Gewänder gekleideten Schönen — die aber nicht wirkliche Orientalen, sondern feste Berlinerinnen sind — der von der Großverkaufsgesellschaft bezogene Tee mit annütziger Grazie gereicht. Gedü, Zucker, für den Nichtabstinenten Rum, auch Zitronen für andere Feinschmecker stehen zur Verfügung.

Mit dem erhabenen Gefühl hoher Verbrüderung über die prächtig gelungene Ausstellung verlassen wir die gastliche Stätte. Sie zeigt uns, was genossenschaftliche Organisation der Arbeiter vermag. Wie konnte dieser wirtschaftliche Nachschaffor noch weit feindbringender für die deutschen Arbeiter wirken, wenn die Erkenntnis vom Werte genossenschaftlicher Organisation in noch weitere Kreise der Arbeiter gedrungen wäre!

Stilles Parlament verlangen die Abänderung des Gesetzes vom 30. März d. J. ...

Lokales.

Nürtingen, 18. Juni.

Milchprüfung & Erzeugnisse.

Im Monat Mai und Juni d. J. sind von einem Beamten des Stadtmagistrats bei nachstehenden Milchhändlern Proben von ihrer in den Handel gebrachten Milch entnommen.

Table with 2 columns: Name and Address, and Percentage. Includes entries like Heier, Basmann, Apperthstraße 2 ... 1.7%, Korbelius Bruns, Himmeltstraße ... 2.4%, etc.

Vollmilch wird im gemeinbühigen Handel vielfach mit Wasser, Ragermilch, bezw. mit einer Mischung beider vermischt. Der Fettgehalt normaler Milch schwankt in der Regel zwischen 2.7 bis 4.0 Proz.

Seit der letzten Prüfung ist das Ergebnis besser geworden. Nur in vier Fällen ist ein minderer Fettgehalt festgestellt worden.

Im Stadtparlament wurden gestern nicht unwichtige Beschlüsse gefasst, und u. a. die erste Lesung der Straßennormung erledigt. Der umfangreiche, 37 Paragraphen zählende Entwurf wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit und ohne erhebliche Meinungsverschiedenheiten durchgearbeitet.

heit reden, im andern Falle aber werden Gründe der Vorsicht, die dann von den Stadträten Gerbes, Steder usw. hoffentlich mit ebenso großem Fleiß zusammengestellt und vorgebracht werden wie im gegnerischen Falle, überwunden müssen.

Mit der Vertretung des erkrankten Amtshauptmanns Abthorn in Nürtingen ist bis zum 30. Juni d. J. der Regierungskassierer Meier in Oldenburg beauftragt.

Was gilt bei der Post als Ausweis? Ausweis für die Post sind in der bevorstehenden Hauptreisezeit von besonderer Bedeutung. Die Postverwaltung läßt folgende Zusammenstellung darüber mitteilen. Als ausreichende Ausweispapiere zur Empfangnahme von Sendungen, für die die Postverwaltung Garantie zu leisten hat, gelten: Ausweis-papiere, die von Behörden von bestimmten Personen ausgestellt sind, wenn sie eine Personalbeschreibung, eine glaubwürdige Photographie oder die eigenhändige Unterschrift des Inhabers enthalten, wie Pässe, Paßkarten, Gewerbelegitimationskarten, Wandererwerbsscheine usw.

Der Arb.-Zurverein „Deapens“ hielt am Sonnabend seine Monatsversammlung ab, in welcher zwei Turner und zwei Turnerinnen neu aufgenommen wurden. Sodann wurden verschiedene Berichte erstattet, u. a. der Bericht vom Kreisfest in Bremen.

Wilhelmshaven, 18. Juni.

Von der Marine. „Lur“ ist am 15. in Ranton, „Jaguar“ ist am 17. in Eithorn, „Bremen“ ist am 15. in Baltimore, „König“ am 15. in Monrovia eingetroffen.

Die neuen Eisenbahnschaltungen der preussischen Staatsbahnen, von denen einer kürzlich in Betrieb gestellt worden ist, werden in den „Mitte des Eisenbahn-Zentralamts“ wie folgt beschrieben: „Nach Vereinbarung mit den beteiligten Verwaltungen können die Drehscheiben jetzt länger gebaut werden als früher. Dadurch ist es möglich geworden, die zehn Halbbahnen um je zehn Zentimeter zu verbreitern und die innere Einrichtung baueamer zu gestalten.“

Zuschneiderkurs für Schneider. Bei genügender Beteiligung findet in Wilhelmshaven am 30. September bis 5. Oktober d. J. ein Zuschneiderkurs für Schneider statt. Der Unterricht wird durch den Fachlehrer an den Weiser-turken in Hannover, Herrn Steins, erteilt.

Aus dem Lande.

Delmenhorst, 18. Juni.

Um die Abhaltung der Vieh- und Schweinemärkte zu ermöglichen, soll eine radikale Verkleinerung der hin und wieder auftretenden Maul- und Klauenseuche dadurch stattfinden, daß die erkrankten Viehbestände sofort abgeschlachtet werden. Dem Stadtmagistrat sind zu diesem Zweck 1000 Mark zur Verfügung gestellt zur veranschaulichten Bekämpfung in obenbezeichneter Weise.

Aus aller Welt.

Ein vorzüglicher Selbstmörder. In Modena hat sich ein Bauunternehmer namens Milani unter Umständen das Leben genommen, die auf eine geradezu beispiellose Gelehrtheit auf den Tod schließen läßt. Schon vor längerer Zeit hatte er einen sehr schönen Zinkring gekauft. Als das Dienstmädchen am Morgen des 9. Juni den Herrn wecken wollte, fand sie an der Tür einen Zettel, auf dem dieser seinen Tod anzeigte.

Keine Tageschronik. Beim Infanterieregiment Nr. 149 in Schneidemühl sind vor einigen Tagen zahlreiche Erkrankungen vorgekommen. Es erkrankten dort 22 Mann des 1. Bataillons an infektösem Darmkatarrh. Die Ursache der Erkrankungen konnte noch nicht festgestellt werden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 18. Juni. Die Familie des Arbeiters Wulke ist unter verdächtigen Erscheinungen erkrankt. Drei Kinder sind bereits gestorben. Die übrigen Mitglieder der Familie sind nach dem Krankenhaus gebracht worden.

Dresden, 18. Juni. In Bautzen haben zwei Schüler höherer Lehranstalten eine ganze Reihe Diebstehlen begangen. Sie fuhren nach Dresden und Wiesa, wo sie Zigaretten, Schreibutensilien, Salonierarmen usw. stahlen.

Köln, 18. Juni. Der Rhein ist um zwei Meter gestiegen. Aus Klein-Laufenburg und anderen Rheinorten wird Hochwasser gemeldet.

Düsseldorf, 18. Juni. Das Luftschiff „Victoria Luise“ ist heute morgen 4.45 Uhr zu seinem Weiterflug nach Hamburg aufgefliegen. 11.45 Uhr wurde es, auf der Fahrt nach Ostfriesland begriffen, in Groningen gesichtet.

Russia, 18. Juni. In einer hiesigen Zuderfabrik explodierte ein Behälter mit 15 000 Kilogramm Melasse. Die Explosion war so heftig, daß das Dach der Fabrik abgehoben und die Wände zertrümmert wurden.

Vorfälle.

R. R. Nürtingen. Das hängt ganz von der Art der Fälle ab; unter Umständen einige Tage Gefängnis oder gar Zuchthaus.

Contingent.

Für den Wahlsonntag gingen bei dem Unterzeichneten ein: 671 Mk. gesammelt durch amerikanische Mission auf dem Sommerweg des Klubs „Unterhaltung“.

Wetterbericht für den 19. Juni.

Wärmer, teilweise sehr heftige bis westliche Winde, nach Regenschauern trocken.

Hochwasser.

Mittwoch, 19. Juni: vormittags 4.07, nachmittags 4.19

Sozialdemokratisches Parteisekretariat für Oldenburg u. Ostfriesland. Sitz Nürtingen i. O. Vorles für Geldentlohnungen und ähnliche Zuschriften: Adolf Schulz, Nürtingen i. O., Weststraße 22.

Verantwortliche Redakteur: Für Politik, Revolution und den übrigen Teil: Josef Rittich; für Lokales: Oskar Schlicht. Verlag von Paul H. G. Notationsdruck von Paul H. G. & Co. in Nürtingen.

Dazu eine Beilage.

Trinkt „Lebensquell“
Kaiser Wilhelm-Saal
 Gde. Hotel u. Biergarten
 Gde. Dienstag: 8 Uhr
Große Tanzmusik.
 Es ladet freundlich ein
 Dr. Doctor.
Neue Matjes-heringe
 Stadt 12, 15, 18 Pf.
 Sülzheringe, 2 Pfd. 45 u. 50 Pf.
Joh. Stehufe
 Wilhelmstr. 29. Telef. 732.

Zu Ausflügen
 beste Vereinen usw. meinen
Breakwagen
 25 Pf. fest, bestens empfohlen.
W. Lange Rüstingstr. 47.
 Telefon 298.

Konsum- u. Sparverein
 für Rüstingen u. Umgegend
 E. G. m. b. H.
 Wir empfehlen unseren Mitgliedern unsere

Sparkasse
 zur fleissigen Benutzung.
 Einlagen werden mit 4 Proz. verzinst. Täglich geöffnet vorm. von 10 bis 1 Uhr, nachm. von 4 bis 6 Uhr.
 Sonntags geschlossen.
Der Vorstand.

Persil
 wäscht rasch mühelos und sauber!
 Beste seifenartige Waschmittel
Erprobt u. gelobt!
 HENRIEL & Co. DÜSSELDORF.
 Henkel's Bleich-Soda

Der Fisch-Verkauf am Hafen
 (Ende Römischtr.)
 beginnt Mittwoch früh.
 Besf. Schellfisch 15, 20, 25 Pf.
 Erbsen 25 Pf.
 Goldbarsch 30 Pf.
 Stör 30 Pf.
 Not- & Garbengunge 25 - 30
 Stiefhollen 20 - 25 Pf.
 Gerlags, Stöbeljou. 15 Pf.
 Telefon 820.

Trockenen durchwachsenen hiesigen Speck
 No. 85 Pf., 5 Pfd. 4 Mk.
L. H. Hinrichs, Schortens.
Marine-Molton
 anerkannt vorzügliche Qualität
 170 cm breit, Meter 4.50 Mark,
 empfiehlt
Martha Kappelhoff
 Gde. Ross- u. Zehlfischtr.

Trinkt „Lebensquell“

Varel Neumarktstr. 9 Varel
M. Mosberg's Arbeitergarderoben
 Beste und billigste Bezugsquelle für sämtl. **Arbeits- und Berufs-Kleidung.**
 Bewährte u. erprobte Qualitäten.
Größtes Lager in Herren- u. Knaben-Garderoben.
 Enorme Auswahl! Billigste Preise!
Heinrich Gerdes
 Inh. Georg Schnitger.

Sämtliche Drucksachen liefert Paul Hug & Co.

Gewerkschaftskartell Leer.
 Sonntag den 23. Juni 1912:
Gewerkschafts-Fest.
Fest-Programm:
 Vormittags pünktl. 11 Uhr beginnend (im Anschluss an den Empfang der auswärtigen Gäste) im grossen Saale des Herrn Bernhard Fischer, Wörde.
KOMMERS
 unter Mitwirkung der Leerer Stadtkapelle. Begrüssungsansprache d. Vorsitzenden, Liedervorträge.
Nachmittags-Feier
 im Etablissement des Herrn A. Lösch, Mühlenstr. 3 Uhr: Antritt zum Festzuge im Garten von A. Lösch. 3 1/2 Uhr: Abmarsch durch die Hauptstrassen der Stadt.
 Nach Antritt des Festzuges:
 1. Festrede des Abgeordneten Robert Leinert aus Hannover, Mitglied des preussischen Landtages.
 2. Gartenkonzert der verstärkten Leerer Stadtkapelle.
 3. Turnerische Vorführungen der Arbeiter-Turnvereine Ostfrieslands unter Musikbegleitung.
 4. Gesangsvorträge.
 5. Grosse Kinderbelustigungen, Aufsteigen von Luftballons, Geschenkverteilung usw.
Grosser Festball.
 Anfang 5 1/2 Uhr bei Herrn Fischer, Wörde. Anfang 8 Uhr bei Herrn Lösch, Mühlenstr.
 In den Tanzpavillons Saal- u. Kunstfahnen des Arbeiter-Radfahrervereins Einigkeit, Leer.
 Eintrittspreise: Herren 30 Pf., Damen 20 Pf. Tanzpaar: Hiesige 1 Mk., Auswärtige 50 Pf.
 Wir geben der Erwartung Ausdruck, dass alle Kollegen mit ihren Angehörigen an den Veranstaltungen sich beteiligen und bitten gleichfalls die ostfriesischen und oldenburgischen Kollegen, am 23. Juni nach Leer zu kommen.
Der Vorstand und Festausschuss.

Vorschriften
 für das Halten von Koff- und Quartiergängern, Koff- und Quartiergängerlisten, Monatliche Meldesettel empfehlen
Baul Hug & Co.
 Beterstr. 20/22. Almenstr. 24.

Bauverein Selbsthilfe
 eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht
Rüstingen.
 Bilanz am 31. Dezember 1911.

Activa:	Passiva:
Grundstückkonto . . . 22014,97	Geschäftsanteil-Rkonto . . . 8071,52
Gebäude-Rkonto . . . 25245,82	Referenzkonto . . . 183,88
Rechnung-Rkonto . . . 94508,28	Schuldenreferenzkonto . . . 611,20
Restr. Anlage-Rkonto . . . 119,85	Rkonto . . . 141866,95
Inventory-Rkonto . . . 214,39	Barzahl-Rkonto . . . 1850,00
Rücklagen-Rkonto . . . 2005,97	Kreditoren-Rkonto . . . 617,00
Debitoren-Rkonto . . . 27,90	Reingewinn . . . 879,40
Raffenskonto . . . 127,62	
Summa Mfl. 154579,95	Summa Mfl. 154579,95

Zahl der Mitglieder:
 Bestand am 1. Januar 1911 62
 Eingetretten im Laufe des Rechnungsjahres 1911 16
 Zusammen 78
 Am 31. Dezember 1911 sind ausgeschieden durch Kündigung 6
 Mitgliederbestand am 1. Januar 1912 72
Die Kasssumme
 sämtlicher Mitglieder betrug am Schlusse des Jahres 1911 72 x 500 Mfl. = 36000 Mfl. Die Kasssumme sämtlicher Mitglieder hat sich gegen das Vorjahr um 5000 Mfl., die Gesamtsumme des Gehalts Guthabens um 2087,86 Mfl. erhöht.
 Rüstingen, den 9. März 1912.
Der Vorstand des Bauvereins Selbsthilfe
 eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, Rüstingen.
 H. Carlensen, H. Schönbek, H. Marinese.

Oldenburg.
18. Gewerkschaftsfest
 am Sonntag den 23. u. Montag den 24. Juni auf dem Festplatz neben der „Tonhalle“, in Oldenburg.
 Von 2 Uhr nachmittags an im Vereinshaus: **Konzert.**
 Nachmittags 2 1/2 Uhr: **Festzug.**
 Nachmittags 2 1/2 Uhr: Aufstellung der Vereine beim Vereinshaus, Reffenstraße.
 Auf dem Festplatz ist für **Volkbelustigungen aller Art** in bester Weise gesorgt.
Tanz-Belustigung
 im Riesenanzelt und in der Tonhalle.
 Entree: Für Herren 20 Pf., für Damen 10 Pf. Am zweiten Festtag: Entree frei!
 Zu zahlreicher Beteiligung ladet freundlich ein
Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.

Banter Bürgergarten
 Am Mittwoch den 18. Juni:
Solisten-Konzert.
 Anfang 4 Uhr nachmittags.
 Bei gutem Wetter findet das Konzert im Garten statt.
 Giezu ladet freundlich ein
Heinrich Posteen.

Altbewährtes, kohlehaltendes Briket.
G. R.
 Goldene Medaille Emden 1888.
 General-Vertretung: Fisser & v. Doornum, Emden.

Codes-Anzeige.
 (Statt besonderer Anzeige.)
 Gestern morgen 7 Uhr verschied mein lieber Mann, unser herzlichgeliebter Vater, Großvater und Schwiegervater
Fr. Harbort
 im 68. Lebensjahre.
 In tiefer Trauer
Anna Harbort nebst Kindern und Entelinnen.
 Zeit der Beerdigung wird noch bekannt gemacht.

Kartellkommission
 Rüstingen-Wilhelmsbaven.
Donnerstag den 20. d. M.,
 abends pünktlich 8 Uhr:
Sitzung bei Halweland.
 Der Vorstand.
Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Rüstingen-Wilhelmsbaven.
Freitag den 21. d. M.,
 abends 8 Uhr:
Bertrauensmänner-Sitzung
 bei Halweland, Grenzstr. 38.
 Die Kreisverwaltung.

Sozial. Wahlverein Brake.
Donnerstag den 20. Juni,
 abends 8.30 Uhr:
Partei-Verammlung
 bei F. Decker.
 Tagesordnung: —
 1. Berechnung von der Rechnungsabst. und Mitarbeiter.
 2. Vorträge zum Landesparteitag u. Wahl eines Delegierten.
 3. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.
 Der Vorstand.

Gesangverein Frohjuu Frauenchor.
Mittwoch: Gefangstunde.
Naturheilverein Delmenhorst.
Dienstag den 18. d. M.,
 abends 8 1/2 Uhr:
Verammlung
 in Zumbmanns Hotel.
 Tages-Ordnung:
 1. Vorstandsbewahl.
 2. Aufnahme von Mitgliedern.
 3. Fragekasten.
 4. Verschiedenes.
 Es ladet freundlich ein
 Der Vorstand.

Adler Theater
Freitag den 21. Male
Polnische Wirtshaft
 Mittwoch den 19. Juni:
 zum 22. Male
Polnische Wirtshaft
 In Vorbereitung:
 Neu! Neu! Neu!
Der liebe Augustin
 Der Halls neueste Operette.
 Wirklich großer Schlager.

Tabakstaub
 zur Vertilgung von Pflanzen-
 Insektlarven bestens bewährt
 Paket, circa 3 Pfd., 15 Pf.
 empfiehlt
Albracht & Beging
 Zigarettenfabrik, Marktstr. 25.

Codes-Anzeige.
 Sonntag nachmittags 4 Uhr
 starb nach langem Kranken-
 liegen meine liebe Frau,
 unsere gute Mutter, Groß-
 und Großmutter
Antje Hinrichs Janßen
 geb. **Huss**
 im 72. Lebensjahre.
 Dies zeigen tiefbetrabt an
 Die trauernd Hinterbliebenen
A. F. Janssen u. Familie.
 Neuenroden, d. 18. Juni.
 Die Beerdigung findet am
 Freitag den 21. d. M., nachm.
 2 Uhr, vom Trauerhause,
 Neuenroden 89, aus statt.

Parteienossen! Der diesjährige Parteitag der soz. Partei des Bezirks Oldenburg-Oldesland

findet am Sonntag den 4. August 1912, vor-mittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Börner) zu Oldenburg, Ruitwischstraße, statt mit folgender vorläufiger Tagesordnung:

- 1. Berichte: a) des Vorstandes und Sekretariats, b) der Bezirkskommission. 2. Bericht der Landtagsfraktion. Referent: Genosse P. Hug-Rüstringen. 3. Bericht über die Landtags- und Reichstagswahlen. Referent: Genosse Ad. Schulz, Rüstringen. 4. Der Parteitag in Chemnitz. 5. Anträge und Wahl des Vorortes.

Anträge sind nach § 4, 2 des Organisationsstatuts spätestens vier Wochen, d. h. bis zum 6. Juli, vor dem Parteitage zwecks Veröffentlichung in den Untergemeinden durch das Bezirksparteisekretariat einzureichen. Die Ortsvereine wollen frühzeitig zu dem Parteitage und den Delegiertenwahlen Stellung nehmen. Nach § 5 des Org.-Stat. hat jeder Ortsverein einen und jeder Wahlkreisvorstand einen Delegierten zu entsenden. Die Namen der Delegierten sind dem Bezirkssekretariat mitzutheilen. Die Delegierten müssen sich durch schriftliches Mandat ausweisen. Formulare sind event. durch das Sekretariat zu beziehen. Rüstringen, den 10. Juni 1912.

Mit Parteigrüß Der Vorstand der soz. Partei des Bezirks Oldenburg-Oldesland Adolf Schulz, Sekretär. Paul Hug, Vorsitzender.

Rüstringer Gesamt-Stadtratsitzung.

Rüstringen, 17. Juni 1912. Bürgermeister Dr. Luken eröffnet um 7/8 Uhr die Stadtratsitzung. 1. Grundstückslohen. In zweiter Lesung wird der Erwerb eines Strohkrautens vom Grundstück des Galtwirts Gerten an der Kopperhäuser- und Bismarckstraße zugestimmt. Einwendungen sind gegen den öffentlich ausgetriebenen Verkauf erster Lesung nicht eingegangen. 2. Grabenverber (Strohkrautens). Zur Regelung der Strohe an ungelährter Stelle stellt der Witw. Peter 10 Quadratmeter ohne Entschädigung abgeben. Von den Restigen Baumann und Becker sollen zum gleichen Zweck Erwerbungen, es handelt sich nur um wenige Quadratmeter, gemacht werden. Dem wird zugestimmt. In Sachen der Grundstücksverber von Landwirt Gornelsen an der Frey Reuter- und Güterstraße schlägt der Magistrat vor, das feinerzeit beschlossene Grundstück nicht zur Anwesenheit zu bringen, sondern das 1000 Quadratmeter große Grundstück für 6 Mk. pro Quadratmeter anzukaufen, bezüglichen muß die Hälfte der Wertungsumsatzsteuer übernommen werden. Der Stadtrat stimmt dem zu. 3. Straßenordnung. Es wird folglich in die Straßenordnung des vorliegenden Entwurfs eingetretet. Bei § 4 entspringt sich eine längere Debatte. Es werden eine Reihe Wünsche geäußert, die auf die gegenwärtige Art der Straßenreinigung sich beziehen. Demgegenüber erklärt der Bürgermeister, daß die Übernahme der Straßenreinigung in öffentliche Hände im Laufe dieses oder spätestens im Laufe des nächsten Jahres in die Wege geleitet werden wird. Zum letzten Absatz des § 4 beantragt Stadtrat Döden einzuschließen „unter Zustimmung des Stadtrats“. Bürgermeister Dr. Luken bekräftigt diesen Antrag aus prinzipiellen Gründen. Er ist der Ansicht, daß ein Eingriff in die dem Magistrat gesetzlich gewährten Befugnisse nicht angeht. Schließlich wird der Paragraph in der neuen Form angenommen und lautet nun folgendermaßen: § 4. Jeder nach § 3 zur Straßenreinigung Verpflichtete hat die Straße bis zur Mitte durchgehends zu reinigen und von Gras und Unkraut frei zu halten. Diese Verpflichtung umfaßt außer der Fußstraße, den Wanderwegen und Rinnen auch die in den Straßen liegenden Schattbedeckungen. Die gepflasterten Fußstraßen, Rinnen und Schattbedeckungen sind jeden Mittwoch und Sonnabend bis 9 Uhr abends zu reinigen. Die Wanderwege sind stets rein zu halten; namentlich ist reich gefällener Schmutz alsbald zu beseitigen. Die ungepflasterten Straßen sind gleichzeitig von allen Unrat (Stroh, Zäugereste, Papier, Abfälle usw.) zu reinigen. Der Stadtrat stimmt dem Antrag und Vernehmung der Reinigungsangelegenheiten unter Zustimmung des Stadtrats zu. Die Straßen sind vor dem Regen damit mit Wasser zu besprengen, daß das Regen keine Staub aufwirft. Das Zusammengefegte ist sofort zu beseitigen. Beim § 6 beantragt Stadtrat Siebel einzufügen: „In zwei Meter Breite“. Der Bürgermeister erklärt, daß dieser Zusatz für die Güter- und Wäldersbühnenstraße nicht möglich sein wird. Stadtrat Grüninger bekräftigt von einer solchen Verengung abzuweichen, wenn die gefällenen Schmutzen nicht so reichlich sind, daß sie nicht im Prinzip für den Antrag, nämlich aber keine bestimmte Festlegung des Hofes, sondern möchte das den in Betracht kommenden Anlieger überlassen. Zudem genügt das festgelegte Maß auch nicht für alle Straßen. Stadtrat Siebel gibt dann seinen Antrag zurück. § 6 lautet: Bei Frostwetter darf auch zum Zwecke der Reinigung kein Wasser oder sonstige Flüssigkeit auf die Wanderwege geschüttet werden. Sind die Wanderwege glatt, so sind sie mit Sand, Tothschutt oder sonst geeignetem Material zu bestreuen. Das Bestreuen mit feinen Substanzen ist verboten. Bei eintretendem Tauwetter sind die Wanderwege, Hebergänge, Rinnen und Straßengullys sofort von Schnee und Eis zu reinigen. Beim § 16 beantragt Stadtrat Freylich zu lesen: „Renter dürfen nur im Bedarfsfall geschloßen werden“. Stadtrat Grüninger wünscht Beseitigung dieses Paragraphen. Der Antrag wird jedoch angenommen. § 16 lautet: Renter, welche nicht mindestens in einer Höhe von 1,80 m über der Straße aufhängen, dürfen nicht weiter offen stehen, als die Schallhöhe vorliegen, vorausgesetzt, daß so keine Behinderung des Verkehrs eintritt. Das Jenseitigen über der Straße ist im Sommer nur bis 7 Uhr, im Winter nur bis 8 Uhr morgens gestattet. Es muß mit jeder Nacht geschlossen, das Besondere nicht bekräftigt werden. Renter dürfen nur im Bedarfsfall geschloßen werden. Die Polizeiverordnung wird jedoch ohne weitere Änderungen angenommen. Stadtrat Schröder beantragt, die Punkte 4 und 5 abzuheben, weil in den zukünftigen Ausschüssen noch keine Vorbereitung stattgefunden hat. Dem Antrag wird zugestimmt.

Der Vogt von Sylt.

Roman von Theodor Mügge. (2. Fortsetzung.) „Ein wenig Gefahr wird uns nicht abfahren“, rief das Fräulein, „und einen Steuermann, der unser Vertrauen besitzt, werden wir zu finden suchen.“ „Haben Sie Vertrauen zu mir?“ fragte Jens. „Sie sah ihn freundlich lächelnd an. „Ein Fräulein von der Insel Sylt, der Sohn eines berühmten Kapitäns, muß Vertrauen erwecken“, erwiderte sie. „So will ich Ihnen einen Vorschlag machen“, fuhr er fort. „Wenn Ihr Vater aus Sylt nicht kommt, und ich vermute es sehr, denn es hat ziemlich stark aus Südwelt geweht, dann bitte ich Ihnen mein eigenes kleines Fahrzeug an. Wenn es mir möglich scheint, morgen See zu halten, führe ich Sie nach Sylt hinüber; was ein Mann dafür tun kann, soll gewiß geschehen.“ „Ich glaube, daß ich in meines Vaters Namen Ihr Anerbieten annehmen kann“, sagte das Fräulein, und indem sie sich zu dem Baron wandte, fügte sie hinzu: „Wenn wir nicht denken müssen, daß die Kiste, welche Sie sich aufbürden, uns zu große Verpflichtungen auferlegt.“ „Es ist in der Tat ein Dienst, den ich nicht vergelten, also nicht annehmen kann“, rief der alte Herr lächelnd erfreut und mit der Absicht, ihn anzunehmen in allen seinen Willen. „Jens ließ sich dadurch nicht irren machen. — „Ich hoffe“, sagte er, „daß, wenn wir am sechs Uhr abfahren können, wir um zwei oder drei Uhr nachmittags in Sylt sind. Der Wind weht für mich gering; es macht mir Freude, wenn ich Ihnen meine Dienste bieten kann. Schlagen Sie diese ab, so verpfehlen Sie mir wenigstens, die Fahrt im offenen Boote nicht zu wagen, ehe Sie meinen Rat gehört haben.“ „Gerissenen Dank, mein junger Freund“, erwiderte der Baron. „Eina hat recht. Sie haben etwas in Ihrem Wesen, was Vertrauen und Ueberzeugung erweckt und mir sagt, daß Sie ein Adokat sind, der seine Prozesse glücklich zu Ende führt. So lassen Sie uns denn heute, wie der Prozess mit Wollen und Wind abläuft. Um sechs Uhr wollen wir bereit sein und früher oder später gibt sich wohl die Gelegenheit, wo ich wieder dienen kann.“

6. Bürgerstiftungsangelegenheiten. Der Magistrat und Finanzamt sind für die Beilegung der Landbesitzerangelegenheiten gegenüber für einen Betrag von 300 000 Mark, im Range reichend bis höchstens 1 763 039,04 Mk., zu übernehmen. Der Bürgermeister gibt eine kurze Begründung des Uebernehmens und wendet auf die beigefügte Anlage. Stadtrat Kautzner W e r b e s t r i g t an, wie sich die Bürgerstiftung mit der Gemeindeförderung verhält. — Der Bürgermeister Dr. Luken erwidert darauf, daß es sich bei dieser Bürgerstiftung nicht so verhält, wie mit jeder anderen. Hinter der Bürgerstiftung der Stadt steht die Landesversicherungsanstalt mit 300 000 Mark und das Reichsamt des Innern. Um Grunde sei die ganze Bürgerstiftung nur eine Formside. Die Beilegung für die Beilegung von Genossenschaftslohen, nach denen sich die Landesversicherungsanstalt richten muß, lautet dahin, daß eine höhere Beilegung als in Höhe von 100 000 Mark bei nicht mißverständlicher Beilegung nicht eintreten darf. Das Reichsamt ist nun reichlich nicht mißverständlicher; wenn die Stadt aber die Bürgerstiftung übernimmt, dann ist die Rückversicherung gewährleistet und die Landesversicherungsanstalt kann das Darlehen von 300 000 Mark leisten. Stadtrat Kautzner W e r b e s t r i g t an, daß die Bürgerstiftung übernehme nur eine Formside sei und erklärt um Beilegung der Bürgerstiftungslohen. — Stadtrat Müller legt ein eingehendes Memorandum vor, daß die Bürgerstiftungsübernahme tatsächlich nur einer Formside gleichkomme. — Stadtrat S t a u m berichtet, daß sich der Finanzamtstempel eingehend mit der Angelegenheit befaßt habe und schließlich dahin gekommen sei, die Vorlage in der vorliegenden Weise zur Annahme zu empfehlen. Richter wünscht aber, daß der Magistrat eine Beilegung im Bauverein erhält. — Kautzner nach Bürgermeister Dr. Luken und Stadtrat S t a u m für die Beilegung eingetretet sind und die Bedenken, die Stadtrat W e r b e s t r i g t erneuert vorbrachte hatte, zerstreut worden waren, wurde die Bürgerstiftungsübernahme auf 80 Proz. des Bauvereins der Gemeinde für 1 814 033,00 Mk. in Höhe von 300 000 Mark überzogen. Der Stadtrat ist im Einverständnis mit dem Bauverein in die Beilegung eingetretet worden.

7. Straßensicherungen. Der Magistrat beantragt, die Wäldersbühnenstraße neu zu pflastern und zwar soll von der Landbesitzerangelegenheiten bis ein Haus hinter dem Reyer Weg Absatz zur Verwendung kommen. Von da ab dann bis zur Wäldersbühnenstraße die Straße Asphaltpflaster erhalten. Ein eingehendes Memorandum leidet nicht zu ermitteln, weil die Baukosten sich zur Uebernahme der Kosten nicht bereit erklärt hatten. — Stadtrat S t a u m teilt der Kommission mit, daß die Baukosten sich zur Uebernahme der Kosten zu veranlassen, mußten. — Die Stadträte Müller und Siebel hatten es für besser, wenn man bis an den Reyer Weg asphaltiert wird; der erstere aus Gründen des besseren Aussehens, der letztere aus praktischen Erwägungen heraus. Von beidem, daß der Asphalt durch den starken Fußverkehr an der Uebernahme der Kosten zu veranlassen, mußten. — Der Bürgermeister meint, daß durch das vorgeschlagene Projekt am besten Erfahrungen gesammelt werden können. — Der Vorlage wird darauf zugestimmt.

8. Ergänzung des Schulverbandes der höheren Schulen. Der Schulverband der höheren Schulen muß um zwei Klassen ergänzt werden. Stadtrat Schröder schlägt Vorschlag, die 8. Klasse und Lehrkräfte Schröder vor. Die beiden Herren werden ohne Gegenwärtigen gewählt. 9. Berufsbildung. Wegen der Zusammenlegung des Schulverbandes der evang. Volksschulen hatte das Oberstudienamt Einspruch erhoben. Es verlangte die Entfernung eines Lehrers aus dem Schulverband, weil das Lehrerelement nicht so kurz vertreten sein dürfte. Der Magistrat gegen das Entweichen bekräftigt, eine solche Resolution an den Landtag zu richten. Diese Position kann aber erst in der kommenden Session zur Entscheidung kommen. Inzwischen muß aber dem Verlangen des Oberstudienamts nachgegeben werden. Nach kurzer Aussprache wird beschlossen, dem Schulverband den Vorschlag zu überlassen, welcher Lehrer auscheiden soll. In das beschlossene Statut über das Disziplinarwesen ver-

hier so wohl in Schweden, nur nicht um deutschen Reiche, zu Deutschland schließlich. Das ist eine Frage von anderer Bedeutung. Der Adokat aus Schleswig schwieg, aber der Mannut fürchte seine Stirn; er sah nur mit Mühe eine Antwort zurückzuhalten. „Ich sehe wohl, Herr Vorken“, sprach der Baron, „daß Sie nicht so ganz meiner Meinung sind. Es würde mich aus geteilt haben; denn ich weiß, daß die jungen Herren in Schleswig zum allergrößten Teil für ihr deutsches Vaterland kämpfen und von einem dänischen Gesamtland nichts wissen wollen, zu dem sie doch seit vier Jahrhunderten beinahe geboren und sich wohl dabei befinden.“ „Gott weiß es, wie wohl wir uns befinden“, versetzte Jens. „Wir wollen nicht streiten über Dinge, die wir nicht entscheiden können“, rief der alte Herr, „aber mit eurer Deutschstämmelei und eurem Gehärd nach dem deutschen Vaterlande ist es nichts. Was hätte ihr denn davon, wenn ihr den dänischen Hofen verneht? Ist es denn so erfreulich, ein Deutscher zu sein?“ „Als Deutscher“, sagte Vorken ruhig, „fühle ich mich als Mitglied eines großen Volkes. Ich bin durch Geburt, Sprache und Sitten, durch Denken und Empfinden daran und an kein Schicksal gefesselt. Mein Leid ist mein Leid, meine Vergangenheit ist meine Vergangenheit, meine Zukunft ist meine Zukunft. Alles was in Deutschland geschieht, geht uns an, was aus Dänemark kommt, geht fremd an uns hin, denn es kommt von Fremden, die unsere Herren geworden sind, die uns nicht lieben und die wir nicht lieben können. Wir sind die Skelton, die Wasser und Holz in die Küchen tragen, damit am Tische die Prachtliche sich drehen“, fuhr er fort. — „Ich weiß, daß Jahrhunderte uns zu dem gemacht haben, was wir sind, aber ich kenne auch die Rechte meines Volkes und selbstmüßig leben sie in alten verbrieften Urkunden und vergilbten Pergamenten, auf welche die Staatskünstler unserer Zeit mehr geben, als auf Volkswillen und lebendiges Recht der Gegenwart.“ „Lieber junger Freund“, erwiderte Baron Hammerstein mit einem spöttischen Seitenblick, „ich merke wohl, wo es bei Ihnen steht, und denke weiter mit Ihnen zu reden, sobald es sich lohnt. Sie haben einen klaren Will und wie ich denke, auch einen klaren Geist. Nur das eine sage ich Ihnen

So war das Uebereinkommen geschlossen. Der Baron schüttelte ihm die Hand und eben gingen sie an dem Leuchtort vorbei, wo der Rampenkeus angezündet wurde, der sein glänzendes warmendes Licht in die finstere fallende Nacht schickte.

„Ich habe gehört, was Sie von der englischen Plage da oben sagten“, sprach der Baron, „auch mir ist es ein Stich ins Herz, sie hier zu sehen. Helgoland ist wichtiger, wie man denkt. Während des Krieges hatten die Engländer oft ganze Flotten hier, sie beerrichteten die Gölse und Wälder und türmten ungeheure Warenvorräte aller Art auf, die eingeschmuggelt wurden, trotz aller Wachsamkeit der Franzosen. — Das war die goldene Zeit für die Fischer, über welche die sieben letzten Jahre des Königs Pharaonis kamen, nach denen dann freilich die magereen gekommen sind. — Es geht den Leuten jetzt schlecht, denn sie sollen Fische fangen und arbeiten, das schmeckt ihnen nicht. Die Hamburger haben das Fahrwasser verbessert, ihre Feuerschiffe weit hinausgelegt. Seeböden ausgenommen, genau Karten zeichnen lassen; so werden die Schiffsbrüche immer seltener, und Vösten von Helgoland nimmt kaum ein Schiffer noch, zumal die lähnen Seeleute von Wankene und Glüffstodt ihnen den Rang ablaufen. — Die Schiffe halten sich möglichst entfernt von der gefährlichen Insel, sie kennen die unversicherten Brellereien ihrer Bewohner zu gut, die nichts im Sinne haben, als Strandgut erobern und lächerliche Forderungen zu machen. Aber es geschieht ihnen recht. An die alten Zeiten denken sie nicht mehr; von Treue und Unabhängigkeit wissen sie nichts. Sie denken Vort, daß die Engländer geworden sind und aus der alten Tyrannie erlöst wurden. Das gab mir einer zur Antwort, der hier zum Räte gehört und den ich gestern über die Verhältnisse befragte.“

„Es ist kein Wunder“, erwiderte Vorken, „denn die Vaterlandsliebe ist nie in ihnen geweckt worden. Die Vöste haben sie hart behandelt, die alte Freiheit ist verloren gegangen; die meisten wissen kaum mehr, zu welchem Volke sie eigentlich gehören.“

„Nach Ihrer Meinung doch jedenfalls zum deutschen Volk“, sagte der Baron.

„Ich glaube nicht, daß es überhaupt eine andere Meinung geben kann“, sprach Vorken mit erhöhtem Tone. „Am immerhin“, fuhr der alte Herr fort. „Zum deutschen Volk oder deutschen Stamme mag man sich rechnen.

langt das Ministerium die bis jetzt durch einen Stadtratsbeschluss...

Vertraß der Wahlscheinheit am Sessener Tisch mit Recht...

Bürgerständlicher Schiedsrat hat an das Oberstaatskollegium...

Für die neueste Beschulungskategorie des Musik- und des...

Das Wessenerfest führt in einem Schreiben an, warum...

Nach den Erfahrungen des Armenbureaus sollte an dem Vorfall...

Ein ähnlicher Bericht über eine bei der Stadterhebung...

Zur Rechnungsprüfung werden Finanz- und Vermögen...

Die Revision der Tätigkeit in der Kämmererkasse wurde...

Die neuen Statuten an der Heil Neuler-Strasse werden...

Stadtrat Stecker folgt an, was der Magistrat auf die...

Am Rande der Sitzung hat Stadtrat Stecker einen Vorschlag...

jetzt: alle die alten Pergamente sind wertvoller Blunder...

Kleinere Feuilleton. Die ältesten Rätsel und Rebusse. Eine Zeilung vor das Rätsel lösen in Deutschland etwas...

Das Rätsel löst sich in dem Todem dem Gewalt...

Das Rätsel löst sich in dem Todem dem Gewalt...

Das Rätsel löst sich in dem Todem dem Gewalt...

der Einspruch des Bonames als berechtigt anerkannt und der...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

Stadtrat Stecker bemängelt die Zustände in der Behörde...

alle innerhalb des Hammerischen Vereins bestehenden...

Da keine Kuschi vorhanden ist, daß diese Beilegung...

Die Tagung der Brauerei- und Mühlenarbeiter. In...

Der Vorstand hat die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

Die Verhandlung über die Beschlüsse der Delegierten...

aufßerdem wird innerhalb drei Jahren der Stundenlohn um 8 Pf. erhöht; weiter wird die sehr häufig vorkommende Ueberlandarbeit befreit. — Für Brauerei (Kölschen) kam ein Tarif auf zwei Jahre zum Abschluss mit 5 Pf. Lohnerböhung, desgleichen in Eisenburg, wo 2 Pf. Lohnerböhung erzielt wurde. — In den Untervereinten Leber-, Brenner-, Gestein-, haben die Unternehmer, die dem Diktum des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe unterliegen, nicht nur seit Jahren den Abschluss eines Tarifes abgelehnt, sondern auch jedwede Unterhandlungen mit den Organisationen der Arbeiter. Doch schließlich bequamen sie sich doch zu Verhandlungen, die zu dem Resultat führten, daß 2 Pf. Lohnzulage pro Stunde erzielt wurden. — In Sildesheim kam es zu einem Streik wegen Abregelung einiger Verbandsmitglieder, der nach kurzer Zeit erfolgreich für die Arbeiter beendet werden konnte. — Die Firma Gebr. Jähne in Schönebeck a. Elbe — deren Inhaber vor kurzem eifrige Verbandsmitglieder waren — weigert sich, den Bezirkstarif anzuerkennen, weil angeblich alle die früheren Kollegen dieser neugeborenen Unternehmer nichts tauge. — In Frankfurt a. M. haben zur Beilegung des Streiks kürzlich wieder Verhandlungen stattgefunden, und zwar unter Leitung des Vorstehers des Tiefbauamtes. Sie brachten in Bezug auf die Forderungen der Mitarbeiter einen Fortschritt. Dagegen weigerten sich die Unternehmer konsequent, den Hilfsarbeitern, die gerade hier zum Teil außerordentlich gering entlohnt werden, auch nur die wichtigsten Zugeständnisse zu machen. Die Arbeiter ruhen noch immer fast vollständig, da den Unternehmern nur fünf „Christliche“ und einige alte Leute zur Verfügung stehen, auf deren Beteiligung am Streik von vornherein verzichtet wurde. — In München drohen Differenzen auszubrechen, weil sich die Unternehmer weigern, die Münchener Schiffe bei einer bestimmten Arbeit (Kleinplaster) einzustellen, wenn sie sich dafür nicht einen 15prozentigen Lohnabzug gefallen lassen. Den zahlreichen fremden dabei beschäftigten Schiffen haben sie bisher den höheren Lohn gewährt. Es handelt sich für die Münchener Unternehmer darum, die Konkurrenz zweier fremder Firmen auszubalten; die Kosten dieses Kampfes sollen aber die Arbeiter tragen.

Aus medienburgischen Gerichten. Wenn ein „wichtiger Grund“ vorliegt, kann nach § 239 A. O. ein Dienstverhältnis einseitig vom Dienstherrn gelöst werden. Agrarische Amtsgerichte waren in der Feststellung solcher „wichtigen Gründe“ von jeher äußerst feindselig. Den Vogel abschloffen haben auf diesem Gebiete jetzt zwei medienburgische Gerichte. Sie fanden übereinstimmend, daß ein wichtiger Grund zur sofortigen Entlassung vorliegt, wenn der Arbeiter „einen lauten Wind abbüßt“.

Bei dem Gutspächter v. Derksen in einem medienburgischen Reitz war ein Arbeiter für die Erntezeit gegen 3 Mark Tagelohn und einen „Kodschuß“ von 25 Mark angenommen. Eines Tages war er mit anderen zusammen beim Aufsteigen einer Treibmaschine beschäftigt. Dabei passierte ihm der „wichtige Grund“. Das Unglück wollte, daß der Herr Inspektor etwa 6 Meter entfernt stand und Orenzeuge dieses seltsamen Ablaufs war. Der Arbeiter wurde deshalb sofort entlassen. Seine Entschädigungsforderung wurde vom Amtsgericht Gwien abgewiesen, mit der Begründung, „es sei kein Zweifel, daß Kläger es sehr wohl vermochte, seine Wunde gerühlos zu entweichen zu lassen; er habe dies aber absichtlich laut getan, um dem Inspektor seine Nichtachtung zu bezeigen, der ihn einige Zeit vorher zu roherer Arbeit angetrieben hatte. Sein Verhalten sei eine schwere Verletzung des Inspektors, die zur Entlassung berechtige.“

Zum gleichen Standpunkt und damit zur Zurückweisung der gegen das Urteil eingeleiteten Berufung kam das Landgericht Rostock, das in seiner Urteilsbegründung weiter ausführte: „Würde ein Gutsherr ein Benehmen, wie das des Klägers, ungerügt hinnehmen lassen, würde er hiergegen nicht sofort auf das schärfste eingreifen, so würde er das Ansehen des Inspektors und damit sich selbst auf das schwerste schädigen“. Als ersäuernd fügte er noch hinzu, daß der Arbeiter auf die Entlassung durch den Inspektor erwiderte, er habe mit ihm nichts abzumachen und seine Wunde auch dann nicht anhalten, wenn selbst der Herr v. Derksen dabei sei.

Gerichtliches.

Kräftige Wahlbeeinflussung. Das Schöffengericht in Köln betrafte den Redakteur des Kölner „Köln-Anzeiger“, eines Ablegers der „Kölnischen Volkszeitung“, wegen Verleumdung des dortigen Vorstehers der Nationalliberalen Partei, Professor Woldenbauer, und des Vorstehers der fortschrittlichen Volkspartei, Fabrikant Schaaf, mit 50 Mark Geldbuße. Er hatte den beiden „Wahlflüge“ und benutzte Unwahrheit vorgeworfen. In dem Prozeß wurde der Brief eines verstorbenen Sargfabrikanten verlesen und sein Inhalt wurde auf Grund von Äußerungen des Sargfabrikanten zu seinen Lebzeiten durch einen Zeugen bestätigt. Der Brief gestattete einen Einblick in die Art und Weise, wie Sargfabrikanten Stimmungen treiben. Der Sargfabrikant lieferte häufig Särge in das Kölner Bürgerhospital. Bei der Stadterneuerung in Köln erschien ein Vertrauensmann des Zentrums, der Vorsteher der dortigen katholischen Kirchengemeinde ist, zusammen mit dem geistlichen Rektor des Bürgerhospitals um den liberalen Mann zur Stimmabgabe für das Zentrum zu bewegen. Wie der Brief behauptet, haben die beiden dem Manne gesagt, er solle seine Stimme nicht der liberalen Liste und keinem Juden (!) geben. Nachdem habe der Geistliche von ihm das Versprechen verlangt, nicht zu wählen. Die beiden viel jüngeren Herren hätten ihm beim Weggehen gesagt, er, der 70jährige Mann, solle sich als guter Katholik schämen (!), liberal zu wählen. Auch hätten sie gegenüber seiner Standhaftigkeit gesagt: „Wir werden ja sehen!“ Im Bürgerhospital hätte man die Angehörigen Verstorbener hineinlockt und ihnen gesagt: „Geht nicht zu Hirt, der ist kein guter Katholik!“ Der Zentrumsagitator bestritt die Angaben des Verstorbenen. Der Geistliche erklärte bezüglich einzelner Angaben in dem Briefe und gegenüber dem Zeugen, sich solcher Reueberan-

gen nicht zu erinnern, was allerdings glaubhaft ist, da die Vorgänge mehrere Jahre zurückliegen.

Aus dem Lande.

Zeitung, 18. Juni.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich hier am Sonnabend ereignet; der Landwirt Johannes Follerts aus Klein-Bichtens wurde beim W. Kösterschen Hause vom Pferde, welches einen Seitenprung machte, geworfen, und fiel hierbei mit dem Kopf aufs Straßenpflaster und zwar so heftig, daß er bewußlos liegen blieb und ins Köstersche Haus getragen werden mußte. Auf telephonischen Befehl erschien alsbald der Arzt; er stellte nach näherer Untersuchung eine Gehirnerkrankung fest.

Oldenburg, 18. Juni.

Ein Lokomotivführerprozeß fand vor der Strafkammer des Landgerichts in der Verhandlung des Augustus statt, der am 25. Januar am Stellwerk 2 auf dem Oldenburgischen Bahnhof sich ereignete. Eine Rangierabteilung war damals nach 2 Uhr einem Viehtransport aus Leer in die Plante gefahren, so daß der Viehwagen und ein Viehwagen beschädigt wurden. Den betr. Rangierzug hatte der Lokomotivführer v. Dven geführt, der jetzt wegen fahrlässiger Transportführung unter Anklage stand. Wie seinen Befundungen zu entnehmen war, hatte er einen Wagnern auf ein zwischen Weis 4 und 5 liegendes Stumpengeleise überzuführen. Fahrplannächste Züge laufen um diese Zeit nicht ein. Zufällig war nun am genannten Tag der erwähnte, sonst als Bedarfsgüter fahrende Viehzug abgefahren worden, wovon allerdings v. Dven nichts wußte. Er habe vor dem Losfahren nach dem Weidenignal am Weide 117 gesehen, da die Scheibe verdeckt gewesen sei, habe er aber nichts sehen können und sei losgefahren. Wegen der dazwischen liegenden Fußgängerbrücke oder habe er unterwegs das inzwischen anscheinend ausgebreitete Spreerrische nicht gesehen. Als er kurz vor der Weide den Zug erblickte, war es zu spät. Trotz sofortigen Bremsens und Dampfausslassens ließ sich der Zusammenstoß nicht vermeiden. Im Gange und Großen beschäftigte die Beweisführung diese Angaben. Verneint wurde außerdem, daß der Rangierzug sich fast in Bewegung setzte, als die Vorbereitung des Viehwagens am Stellwerk erfolgte, ferner, daß bei dem neuen Weidenignal, das gegen früher quadratisch ist, bei Schneeverwehung aus der Form nicht erkennbar ist, ob der Pfeil auf freie oder gesperrte Fahrt steht, und schließlich, daß am genannten Tage Schneegestöße herrschten. Nach Vernehmung eines Kollaterals füllte die Strafkammer folgendes Urteil: Der Lokomotivführer van Dven wird zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Einnahmen aus dem Personen- und Güter-Verkehr der Oldenburgischen Eisenbahnen (auschl. Oldenburg-Wilhelmshaven) betragen nach vorläufiger Ermittlung:

1. aus dem Personen-Verkehr:		2. aus dem Güter-Verkehr:	
im Mai 1912	471 120 M.	im Mai 1912	831 450 M.
" 1911	378 190 "	" 1911	823 560 "
Mehrernahme 1912	92 930 M.	Mehrernahme 1912	17 890 M.
vom 1. Januar bis Ende		vom 1. Januar bis Ende	
Mai 1912	1 865 200 M.	Mai 1912	4 512 350 M.
" 1911	1 664 640 "	" 1911	4 363 800 "
Mehrernahme 1912	200 560 M.	Mehrernahme 1912	147 550 M.
1. aus dem Personenverkehr:		2. aus dem Güter-Verkehr:	
im Mai 1912	109 010 M.	im Mai 1912	114 290 M.
" 1911	82 870 "	" 1911	114 550 "
Mehrernahme 1912	26 140 M.	Mehrernahme 1912	26 M.
vom 1. Januar bis Ende		vom 1. Januar bis Ende	
Mai 1912	429 670 M.	Mai 1912	556 900 M.
" 1911	387 330 "	" 1911	536 450 "
Mehrernahme 1912	62 340 M.	Mehrernahme 1912	20 450 M.

Delmenhorst, 18. Juni.

Sozialdemokratischer Verein. Auf die am morgigen Mittwoch, abends 8½ Uhr, stattfindende Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins machen wir nochmals aufmerksam.

Naturhistorischer Delmenhorst. Heute, Dienstag den 18. Juni, abends 8½ Uhr, findet eine Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung in Sudmanns Hotel statt.

Das Schuler-Spiel- und Sportfest des Delmenhorster Turnerbundes am letzten Sonntag auf dem Schützenhofe war gut besucht, besonders auch von auswärtigen waren viele kleine Turner gekommen. Das Fest wurde zwar durch das ankommende Regenwetter etwas eingeschränkt, wickelte sich sonst aber programmäßig ab. Ein gutbesuchter Ball beschloß das Fest.

Uraff, 17. Juni.

Die Spritzengarde. Die siddische Feuerwehr hält am Mittwoch, den 19. d. Mts., eine Spritzenprobe der gesamten Wehr ab. Zu Erscheinen haben sämtliche Vorgesetzte, die Steiger, die Mannschaften der Dampfspritze und die alten im vorigen Jahre ausgelassenen Mannschaften bei ihren Spritzenhäusern, die neu ausgelassenen Mannschaften auf der Höhe und zwar wie folgt: 1. zur Dampfspritze und zur Spritze Nr. 1 (Kojen) abends 7 Uhr (Mannschaften aus den siddischen Bezirken 3, 4, 5, 6 und 7); 2. zur Spritze Nr. 2 (Altpflanze) abends 6¼ Uhr (Mannschaften aus den siddischen Bezirken 1 und 2); 3. die neu ausgelassenen Mannschaften sämtlicher Bezirke haben sich pünktlich 6¼ Uhr auf der Höhe einzufinden. Die Uebung, Verteilung der neuen Mannschaften auf die einzelnen Spritzen usw. beginnt alsdann um 7 Uhr auf der Höhe, wobei die Spritzen durch die ausgelassenen Mannschaften gebracht sind. Uniformstücke und Knebelbinden sind anzulegen. Verspätetes Erscheinen sowie Fehlende werden geblüht.

Emden, 18. Juni.

Achtung, Tiefbauarbeiter! Die im Bauarbeiterverband organisierten Rammer und Maurer, die bei den Unternehmern Jürgens, Reiland, Hubel u. v. d. Linde und S.

v. d. Linde beschäftigt waren, traten am Montag den 17. Juni in Streik. Eine geringe Lohnerhöhung ist von den Unternehmern abgelehnt, die vom Bauarbeiterverband mehrmals beantragten Verhandlungen sind unter nichtigen Vorwänden hinausgeschoben. Da die Konjunktur eine günstige ist, so dürfte ein baldiger Erfolg für die Beteiligten zu erwarten sein. Der Zugang von Rammer, Tiefbauarbeitern und Maurern muß von Emden streng ferngehalten werden.

Meine Mitteilungen aus dem Lande. Unter die vom Komitee bestellten Klammernamen mischen sich am Oldenburgischen Klammernamen zwei Personen von auswärts, die ebenfalls Klammernamen und Klammernamen tragen. Nachdem sie die Klammernamen genügend gefüllt hatten, verstanden sie mit der so leicht Zimmerheizung einen Haß in die Klammernamen und verurteilte auch, einige Klammernamen und nicht auf die Seite zu gehen. Der jugendliche Haß wurde festgenommen. — In Uchrove führte ein Schornsteinfegergehilfe durch den sogenannten Teufel in den Keller und zog sich dabei eine Lueschichte des Oberbaues zu. Die landespolizeiliche Konahme der Klammernamen der Klammernamen ist erfolgt und die Klammernamen wurden am Freitag zum ersten Male damit befreit.

Aus aller Welt.

Frauenmord in Berlin. In Berlin ist in der Sonntagsnacht ein Frauenmord verübt worden. Im Hause Frotzwellstraße 13 war die 25 Jahre alte Frau Rosa Zinke, geborene Doebel, in ihrer Wohnung erdrosselt aufgefunden worden. Nach den bisherigen Ermittlungen der Kriminalpolizei kommt aller Wahrscheinlichkeit nach der Mann der Ermordeten, der 36 Jahre alte Müllergehilfe Julius Zinke, als Mörder in Frage. Zinke ist zurzeit in Kofien in einer Zuckersabrik als Buchhalter beschäftigt und kam am letzten Freitag nach Berlin, um seine Frau zu besuchen. Seit Sonntag nacht ist er spurlos verschwunden, nachdem er das Geld, das sich im Besitz der Frau befand, an sich genommen hatte.

Das Bahnunglück in Schweden. In dem gestern gemeldeten schweren Eisenbahnunglück auf der Strecke Malmö-Stockholm wird der Verleth noch weiter berichtet: Der Schnellzug, dem durch das Signal freie Einfahrt gegeben war, fuhr mit voller Geschwindigkeit auf den zur Ausfahrt bereitstehenden Güterzug auf. Die Maschinen fuhren ineinander. Einige Wagen sprangen aus dem Geleis heraus und wurden vollkommen zerstört. Der Schloßwagen geriet durch den Anprall in Brand. Auch aus den anderen Wagen stiegen Flammen auf, die durch die Explosion der Gasbehälter hervorgerufen wurden. Es währte nicht lange, und der ganze Zug stand in Flammen. Das Personal des Bahnhof Malmö stammte sich sofort daran, die in dem Zuge sich befindenden Passagiere zu befreien. Aus dem Wagen hörte man laute Hilfschreie und jämmerliche Klagen. Unter den Trümmern des Zuges wurden in kurzer Zeit 18 Tote herorgezogen.

Wie nunmehr feststeht, beträgt die Zahl der bei dem Eisenbahnunfall in Malmö steten Personen 20. Probst Lotze sowie alle Verwundeten konnten bisher identifiziert werden. Deutsche befinden sich unter den bisher festgestellten nicht. Gestört wurden auch zwei Russen, ein Telegraphist aus Selingfors und ein englischer Prediger Giddorn. Ein anderer englischer Geistlicher Osborne ist schwer verletzt. Unter den Verletzten befindet sich auch Professor Vermonen aus Selingfors und der Disponent einer Bank Riels. Hinter der Lokomotive des Expresszuges befand sich ein Gepäckwagen, dann folgten Schloßwagen und Wagen erster und zweiter Klasse. Bei dem Zusammenstoß barst ein Gasbehälter und das austretende Gas setzte die Wagen in Flammen. Viele der Leichen sind verbrannt, einem der Toten war der Kopf abgerissen. An einer Stelle lagen nebeneinander ein alter Herr, seine Frau und ihr sämmerverlehtes Kind. Die gestörte Tochter Strindbergs, Frau Oreta Blith, befand sich mit ihrem Gatten auf der Heimreise von einer Erholungsstour durch Deutschland. Kurz vor der Katastrophe verlor sie den Kopf, die bei dem Unglück Angehörige verloren hatten. Ein kleiner Knabe war bei dem Zusammenstoß von seinen Eltern getrennt worden. Weinen lief er, seine Eltern suchend, auf der Unglücksstätte hin und her. Am Krankenbette, wohin man ihn brachte, fand er seinen Vater tot und bald darauf unter den Toten auch seine Mutter. Die Schwester des Knaben ist schwer verletzt. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht völlig aufgeklärt, doch wird angenommen, daß es auf eine falsche Weichenstellung zurückzuführen ist.

Vermischtes.

Das Degenhaus. An einer Stelle der heutigen Franz-Ludwigstraße zu Bamberg stand einst ein Haus, über dessen Eingang eine Bildsäule der Gerechtigkeit thronte. In deren Namen wurden im Innern des weitläufigen mit einer prächtigen Barockfassade versehenen Gebäudes Grauel verübt, wie sie entsetzlicher keine Epoche erlebt hat. Das stattliche Haus wurde im Jahre 1625 von dem Bamberger Weihbischof Fötner eigens als „Degenhaus“ erbaut. Was sich in ihm abspielte, spottet jeder Verdrehung. Wurden doch im Bistum Bamberg innerhalb von fünf Jahren (1625 bis 1630) nicht weniger als 900 Grenzprozesse geführt, und eine mit oberhirtlicher Genehmigung zu Bamberg erdichtene Proklamation meldet lakonisch, der Bischof habe im ganzen 600 Degen verbrannt lassen. Es gab manche Tage, an denen bis gnonzig miteinander auf dem Scherbenhaufen verbrannt wurden, weibliche Degen und männliche „Herren“. Dieser Verbrennungsguß aber war für die meisten eine Erlösung, denn vorher hatten sie oft Monate und Jahre hindurch die raffiniert erlennenen Warten im Degenhaus zu erdulden. Manche allerdings überstanden sie überhaupt nicht. Die Akten über das Bamberger Degenhaus, soweit sie noch existieren, sind in Soldan-Depesd interessant. Geschichte der Degenprozesse“ zusammengetragen, einen Werk, das jahrelang bößig vergiffen war, aber jetzt in neuer Bearbeitung und mit vielen Illustrationen des Geogra Müller-Müncher, erschienen ist.

